

Passive BürgerInnen? Staatsbürgerschaftsverständnis, Partizipation und Demokratie

Riederer, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Riederer, B. (2006). Passive BürgerInnen? Staatsbürgerschaftsverständnis, Partizipation und Demokratie. SWS-Rundschau, 46(4), 373-399. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-164496>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Passive BürgerInnen?

Staatsbürgerschaftsverständnis, Partizipation und Demokratie

Bernhard Riederer (Graz)

Riederer Bernhard: *Passive BürgerInnen? Staatsbürgerschaftsverständnis, Partizipation und Demokratie* (S. 373–399)

Der Artikel konzentriert sich auf die Gegenüberstellung von aktivem und passivem Citizenship. Auf Basis einer Auswertung des *International Social Survey Programmes* werden sechs Länder untersucht. Die Aufmerksamkeit gilt sowohl dem vorherrschenden Staatsbürgerschaftsverständnis als auch tatsächlicher politischer Partizipation. Insgesamt zeigt sich in dieser Studie, dass das Partizipationspotenzial nicht so gering ist, wie in Medien bzw. Meinungsumfragen manchmal behauptet wird. Angesichts einer recht starken Ausprägung eines eher passiven, legalistischen Staatsbürgerschaftsverständnisses (Betonung von Gesetzestreue) sind Sorgen um einen »stabilen« Staat keineswegs angebracht. Protestorientierte Formen der politischen Partizipation werden eher von Personen gewählt, die größeres politisches Interesse aufweisen, politisch informierter sind und ein stärker sozial-altruistisches Staatsbürgerschaftsverständnis (Betonung der Relevanz von Hilfestellungen) zeigen. Kritische BürgerInnen können deshalb als Ressource zur Verbesserung der Demokratie angesehen werden.

Schlagworte: Staatsbürgerschaft, Citizenship, Partizipation, Demokratie, internationale Vergleiche

Riederer Bernhard: *Passive Citizens? Understanding of Citizenship, Participation and Democracy* (pp. 373–399)

The article compares active and passive citizenship. Based on data of the *International Social Survey Programme*, six countries are analyzed. Our interest focuses on the dominant understanding of citizenship as well as on patterns of political participation. Altogether, the survey demonstrates that the participation potential is not as low as is sometimes being reported in the media and public opinion polls. In reflection of a conventionally rather passive, legalistic understanding of citizenship (emphasising law-abiding behaviour), worries about a »stable state« do not appear to be appropriate. Protest-oriented forms of political participation are more frequently chosen by people who are clearer interested in and more informed about politics as well as by people who have a pronounced social-altruistic understanding of citizenship (stressing the importance of helping). Therefore, critical citizens can be seen as resources for improving democracy.

Keywords: citizenship, participation, democracy, international comparisons

1. Einleitung¹

Staatsbürgerschaftskonzepte sind von Bedeutung. Bereits die Konzeption von Staatsbürgerschaft prägt das Verständnis und die Partizipation von StaatsbürgerInnen. Staatsbürgerschaft schafft Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gütern, Teilnahme am politischen System und vieles mehr: Staatsbürgerschaft beeinflusst die Lebenschancen von Individuen (Brubaker 1992, 24). Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich mit der Frage, welches Verständnis von Staatsbürgerschaft in modernen Gesellschaften vorherrscht und wie sich dieses auf das tatsächliche Niveau an politischer Partizipation auswirkt.

Kapitel 2 beginnt mit einer Diskussion des »Citizenship«-Begriffs. Ein aktives Staatsbürgerschaftsverständnis bezeichnet eine Vorstellung von Staatsbürgerschaft, die ein Tätigwerden der BürgerInnen (politische Teilnahme) betont. Ein passives Verständnis verweist auf BürgerInnen, die den Staat in Ruhe (in ihrem Interesse) arbeiten lassen wollen und die Gesetzestreue stärker betonen. In der Folge werden neben dem Staatsbürgerschaftsverständnis (Kap. 2.1 und 2.2) weitere die Partizipation beeinflussende Einstellungsfaktoren wie die Einschätzung der Relevanz demokratischer Rechte oder die Zufriedenheit mit dem demokratischen System identifiziert (Kap. 2.3) und Hypothesen für den Zusammenhang zwischen Staatsbürgerschaftsverständnis und politischer Partizipation formuliert.

Neben Einstellungen sind allerdings auch andere Faktoren (individuelle Ressourcen, staatlicher, politisch-kultureller und ökonomischer Kontext) von Bedeutung. Das Herstellen einer Zivilgesellschaft erfordert einen spürbaren täglichen Zeitaufwand (Ray 2003, 106) und u. a. ein hohes Maß an politischem Interesse und finanziellen Ressourcen. Auch höhere Bildung erleichtert Information und Teilhabechancen. Außerdem unterscheiden sich Nationalstaaten bezüglich ihrer Partizipationsmöglichkeiten und -kulturen erheblich (Bendix 1964, 299).

Der Vergleich von sechs Nationen soll die Bedeutung des staatlichen und politisch-kulturellen Kontexts aufzeigen. Vor allem drei Kriterien (demokratische Tradition, Möglichkeiten der politischen Partizipation, Eigenverantwortung der BürgerInnen vs. Staatsverantwortung) wurden für die Länderauswahl herangezogen. Im Vergleich zu Österreich und Deutschland ist Ungarn etwa eine »junge Demokratie«. Die Schweiz ist das Musterbeispiel für direkte Demokratie, Schweden das Musterbeispiel für einen Wohlfahrtsstaat, während in den USA stärker die Selbstverantwortung der BürgerInnen betont wird.

Kapitel 3 wertet Daten des *International Social Survey Programme 2004* aus, um das Staatsbürgerschaftsverständnis und die politische Partizipation in diesen Ländern zu analysieren. Dabei wird gezeigt, dass sich kein klarer Gegensatz von aktivem und passivem Citizenship im Sinne der oben formulierten Definition nachweisen lässt. Die

1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen des FWF-Forschungsprojekts P17.887-G4 »National Identity and Citizenship« am Institut für Soziologie der Karl Franzens-Universität Graz (Laufzeit: November 2004 bis Dezember 2006). Mein Dank gilt neben dem Projektleiter Max Haller für seine permanente Unterstützung auch den Projektgruppenmitgliedern Regina Ressler, Bernadette Müller, Jörg Schader und Lisa Scheer sowie der Redaktion der SWS-Rundschau für ihre konstruktive Kritik.

BürgerInnen zeigen sich insgesamt politisch gar nicht so passiv, wie es vielfach verwendete Begriffe wie »Politikverdrossenheit« vermuten lassen. Das Resümee in Kapitel 4 fasst wesentliche Ergebnisse zusammen und zeigt offene Forschungsfragen auf.

2. Begriffsbestimmungen, Forschungsstand und Hypothesen zu »Citizenship«

2.1 Zum Begriff »Citizenship«

Der Begriff »Citizenship« (Staatsbürgerschaft) wird auf unterschiedliche Weise verwendet (siehe u. a. Gosewinkel 2001, 1852, Smith 2001, 1857). Streng genommen stellt Staatsbürgerschaft einen rechtlichen Status dar. Dieser ist mit Rechten, aber auch Pflichten untrennbar verknüpft. Dell'Olio (2005, 7) meint, dass Citizenship als Menge von Regeln, die BürgerInnen als Angehörige eines Gemeinwesens definieren, betrachtet werden kann. Als formales Kriterium ist Staatsbürgerschaft in erster Linie wesentlicher Bestandteil von Nationalität und nationaler Identität. Für diesen Artikel ist aber eine bestimmte Bedeutung des Begriffs entscheidend, weshalb hier auch der englische Ausdruck »Citizenship« verwendet wird. Der deutsche Begriff »Staatsbürgerschaft« wird im Gegensatz zur Bezeichnung »Citizenship« stärker mit der nationalen Zugehörigkeit als mit der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und Partizipationsformen in Verbindung gebracht. Für die Zwecke dieses Aufsatzes ist die letztgenannte Bedeutung relevant.

Marshall (2000/1949) gliedert den Staatsbürgerschaftsstatus in drei Bestandteile: bürgerliche (z. B. Redefreiheit), politische (u. a. Wahlrecht) und soziale Rechte (wie Recht auf Mindestversorgung). Mein Aufsatz behandelt die Frage, inwiefern die StaatsbürgerInnen ihre Rechte aktiv wahrnehmen. Die Autonomie der BürgerInnen beinhaltet auch das Recht, politische und andere Rechte *nicht* wahrzunehmen. Insofern ist die Abgrenzung eines aktiven Verständnisses von Citizenship (im Sinn eines aktiven Wahrnehmens staatsbürgerlicher Rechte) von einem passiven Verständnis von Citizenship keineswegs so simpel oder eindeutig, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Das Begriffspaar »aktives/passives Citizenship« ist außerdem bereits mit differierenden Inhalten besetzt. Dahrendorf (1994, 12–13) verweist etwa darauf, dass die politische Rechte und Linke unter Citizenship Unterschiedliches verstehen. Die Begriffe »aktives« und »passives Citizenship« bedürfen deshalb zunächst einer definitorischen Klärung.

Nach Turner (1990) spaltet sich der Begriff »Citizenship« entlang zweier Achsen. Die erste Achse bezieht sich auf passive oder aktive Dimensionen, je nachdem, ob Citizenship von oben (über den Staat) oder von unten (etwa lokalen partizipatorischen Organisationen) durchgesetzt wurde. Die zweite Achse betrifft die Beziehung zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre innerhalb der Zivilgesellschaft. Das »konservative« Verständnis eines passiven und privaten (häuslichen) Citizenship kontrastiert mit der »stärker revolutionären« Idee eines aktiven und öffentlichen Citizenship.

Festzuhalten ist, dass Passivität auf Seiten der BürgerInnen einen gewissen Grad an Aktivität auf Seiten des Staates impliziert. Präziser ausgedrückt: Die BürgerInnen lassen den Staat walten, da er in ihrem Interesse arbeitet. Aktives Citizenship allerdings verlangt Aktivität der BürgerInnen selbst.

Cohen (1999) identifiziert in der Literatur drei Komponenten des Citizenship-Prinzips: erstens das politische Prinzip der Demokratie, zweitens den juristischen Status der »legalen Person«, und drittens eine Komponente, die sowohl Mitgliedschaft, politische und kollektive Identität als auch Solidarität betrifft. Während das politische Prinzip der Demokratie eine aktive partizipatorische Dimension beinhaltet, ist der/die BürgerIn in der juristischen Konzeption kein politischer Akteur, sondern eine legale Person, die innerhalb des rechtlichen Rahmens frei ist. Dominiert diese zweite Komponente zu stark, kann dies sogar eine Entpolitisierung bedeuten.

Diese Unterscheidung von »aktiv« und »passiv« steht im Mittelpunkt meiner Arbeit. Ein aktives Staatsbürgerschaftsverständnis bezieht sich demnach auf die Ausübung politischer Rechte und die Beteiligung an politischen Partizipationsformen – d. h. auf Aktivitäten, die von der Teilnahme an Wahlen bis zur Beteiligung an Demonstrationen reichen. »Passives Citizenship« hingegen soll stärker auf eine Auffassung von einem unauffälligen, ruhigeren, gesetzestreuen Staatsbürgerdaseins verweisen. In diesem Zusammenhang interessiert, welche der beiden Formen dominiert und inwiefern tatsächlich eine Entpolitisierung existiert.

2.2 Passive BürgerInnen?

Eine weitere Frage behandelt den Grad an Aktivität oder Passivität, die heutige Gesellschaften wie Österreich, Deutschland, die Schweiz, Schweden, Ungarn oder die USA aufweisen. Entscheidend für die Analyse des Beitrags ist, ob sich die aus der Theorie herausgearbeiteten Pole eines aktiven oder passiven Citizenship in den Einstellungen der Bevölkerung wiederfinden. Immerhin sind Mackert und Müller (2000, 28) der Ansicht, dass es keine Alternative zwischen Staatsbürgerschaft in Form eines Rechtsstatus und in Form einer politischen Praxis gibt, da erst die Praxis den Status stützt. Sollte es in den Einstellungen der Bevölkerung klar unterscheidbare Ansichten von aktiver oder passiver Staatsbürgerschaft geben, ist die nächste grundlegende Frage, wie sich diese auf das tatsächliche Partizipationsniveau auswirken. Insofern muss man berücksichtigen, dass die Menschen Vorstellungen davon haben, was einen »guten Staatsbürger« ausmacht. Staatsbürgerschaft wird von einem Bestandteil der sozialen zu einem der persönlichen Identität, sobald das Individuum sich bewusst an Regeln hält, die für dieses Individuum relevant sind, da sie die Vorstellung eines »guten Staatsbürgers« berühren.

Vorstellungen über die Rolle des Staatsbürgers sollten zumindest verhaltensregulierend (vielleicht sogar verhaltenssteuernd) wirken. Daher wird angenommen, dass ein passives Verständnis von Staatsbürgerschaft zu geringerer, und ein aktives zu erhöhter Partizipation führt (Hypothese 1).

In der Folge werden weitere die Partizipation beeinflussende Faktoren identifiziert und dazugehörige Hypothesen formuliert, die im empirischen Abschnitt (Kap. 3) geprüft werden. Zuvor werden aber noch einige Überlegungen zur Aktivität bzw. Passivität der BürgerInnen angestellt.

Staatsbürgerliche Kompetenz kann als demokratisches Einspruchspotenzial verstanden werden (Plasser/Ullrich 2002, 101). Inwiefern diese genützt wird, ist allerdings fraglich. Die »moralische Pflicht« verantwortungsbewusster StaatsbürgerInnen, auf-

zustehen und zu protestieren, sofern ein Gesetz tiefen Überzeugungen widerspricht, wird ein schmerzhaftes Unterfangen, so lange sich nicht die Mehrheit dagegen zur Wehr setzt. Allein aufzustehen, ist angesichts der Gefahr, »gebrandmarkt« zu werden nicht einfach (Bendix 1964, 21). Das spricht meiner Ansicht nach für die Annahme, dass die meisten BürgerInnen passiv bleiben. Dahrendorf (2000) sieht ein »zu aktives« Citizenship als Bedrohung an. Durch die Ausdehnung des Verlangens nach Gleichheit könnten sich Citizenship und die mit ihm verknüpften Rechte bei zu starker Ausweitung ihres Nährbodens berauben, da in einer repräsentativen Demokratie Ungleichheiten auftreten müssen. Vollständige Gleichheit und vollkommene Partizipation sind in einer schnelllebigen Welt von Nachteil, da dadurch die Entscheidungsfindung erheblich verlängert, wenn nicht gar unmöglich wird. Doch wie aktiv oder passiv sind die BürgerInnen tatsächlich?

Nach Plasser und Ulram (2002, 44)² zeigen in Österreich jüngere Menschen das größte Desinteresse an Politik. Mahrer (2005, 31)³ führt das mangelnde politische Engagement der österreichischen Jugend auf das schlechte Ansehen der PolitikerInnen zurück. Dieses bewirkt, dass Jugendliche ihrer politischen Mitgestaltung kaum Erfolgchancen einräumen. Politikinteresse ist aber ebenso weit verbreitet wie Politikverdrossenheit.⁴ Im Einklang damit stellen Plasser/ Ulram (2002) fest, dass parteibezogene Aktivitäten an Attraktivität einbüßten, während die Partizipationskultur Österreichs für informelle, expressive Beteiligungsakte wie z. B. für nicht von traditionellen Verbänden organisierte Bürgerinitiativen, Verkehrsblockaden oder Demonstrationen zugänglicher wurde. Dementsprechend diagnostiziert Haller (2005, 58)⁵ für politische Orientierung und Beteiligung die Tendenz einer »kritischen Individualisierung«: Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft stehen hinter Vereinsmitgliedschaften zurück. Politisches Interesse ist aber vorhanden: Das Individuum setzt sich selbst mit politischen Themen auseinander. Entscheidend für Partizipation ist die Chance, persönlich auch etwas bewegen zu können.

In der Analyse ist es deshalb unerlässlich, zwischen traditionelleren, »konventionellen« und neueren, »unkonventionellen« Beteiligungsformen zu unterscheiden. Unter »konventionellen Partizipationsformen« sollen in der Verfassung verankerte und in der Bevölkerung anerkannte Möglichkeiten (z. B. Wahlen für das Parlament oder andere politische Institutionen, Volksabstimmungen oder die Teilnahme am politischen

2 Die Ergebnisse von Plasser/ Ulram (2002) beruhen auf neun Umfragen (Face-to-Face-/ Computer Aided-Personal Interviewing), die im Zeitraum 1974 bis 2001 durchgeführt wurden und zwischen 983 und 2.025 ÖsterreicherInnen umfassten (ebd., 227–228).

3 Mahrer's Studie umfasste Einzelgespräche mit über 5.000 ÖsterreicherInnen und Fokusgruppen-Interviews mit weiteren 1.700 TeilnehmerInnen zwischen 15 und 35 Jahren, die im Zeitraum November 2002 bis September 2004 geführt wurden.

4 Politische Themen interessieren die Jugend, da sie ihr Leben konkret betreffen. Eine Absage erhalten die handelnden Personen. Über 90 Prozent der Jugendlichen fordern einen Generationenwechsel in der österreichischen Politik, Visionen und mehr Ehrlichkeit. Immerhin 78 Prozent wollen mehr regelmäßige Mitbestimmung und 75 Prozent mehr Bürgernähe (Mahrer 2005, 31).

5 Haller (2005) berichtet über die Ergebnisse des Sozialen Survey Österreich, der in den Jahren 1986, 1993 und 2003 jeweils über 2.000 ÖsterreicherInnen umfasste.

Prozess in Form einer Parteimitgliedschaft) verstanden werden. Demgegenüber umfasst der Begriff »unkonventionelle Partizipation« individuellere, expressivere und eher protestorientierte Formen wie die persönliche Kontaktaufnahme zu PolitikerInnen, Meinungsäußerungen in den Medien oder Demonstrationen.

Die damit zusammenhängende Hypothese lautet, dass man nicht generell von passiven BürgerInnen sprechen kann, und dass junge Leute keineswegs weniger partizipieren. Anzunehmen ist jedoch, dass sich jüngere Menschen stärker von konventionellen Partizipationsformen entfernen. Angesichts eines weniger rigiden Zeitbudgets, höherer Mobilität und geringerer Berührungsängste mit neueren Partizipationsformen zeigen junge Menschen bei unkonventionellen Partizipationsformen mehr Engagement (Hypothese 2).

2.3 Aktives und passives Citizenship: Relevante Aspekte und Einflussfaktoren

Wenn es darum geht, die Auswirkungen des Staatsbürgerschaftsverständnisses auf die tatsächliche Partizipation zu klären, müssen verschiedene individuelle Einstellungskomponenten und kulturelle Faktoren berücksichtigt werden, die sich auf die politische Teilhabe auswirken.

2.3.1 Citizenship und Demokratie

Das Konzept der Staatsbürgerschaft hängt unmittelbar mit der Herausbildung demokratischer Gemeinwesen zusammen (Mackert/Müller 2000, 13). Demokratische politische Institutionen und aktive Partizipation sollen öffentliche Güter und Rechte sichern (Cohen 1999, 247).

Wenn die Idee der politischen Partizipation im Zentrum des demokratischen Staates steht, ergibt sich daraus die Verpflichtung der BürgerInnen zu verantwortungsvoller Partizipation (Kaase/ Marsh 1979, 28). Nicht mehr das Volk ist Träger der Demokratie, sondern einzelne StaatsbürgerInnen stehen im Zentrum politischer Reflexion (Vorländer 2001, 246).

Weil ein aktives Citizenship einzelner BürgerInnen die Demokratie erhalten und fördern soll, wird angenommen, dass jene Menschen stärker partizipieren, die demokratische Rechte stärker betonen (Hypothese 3).

Die demokratische Erfahrung und die Zufriedenheit der BürgerInnen mit dem politischen System müssen ebenso berücksichtigt werden. Allerdings ist es schwierig, in Bezug auf die Zufriedenheit mit der Demokratie eindeutige Annahmen zu formulieren (Fuchs/ Gabriel/ Völkl 2002, 440–441). Denkbar ist, dass gerade jene, die mit der Demokratie sehr zufrieden sind, weniger Anreiz haben, zu partizipieren. Ebenso könnten aber unzufriedene Personen resignieren und sich weniger beteiligen. Unzufriedenheit kann wiederum über dadurch entstehende Protestinitiativen zu mehr Partizipation führen. Stärkere Partizipation aber sollte wiederum die Zufriedenheit mit der Demokratie erhöhen, wenn dadurch erkennbar wird, dass die Demokratie gelebt werden kann. Allerdings muss eingeräumt werden, dass aus einer Nicht-Beachtung der Anliegen durch die Regierenden auch eine Frustration der BürgerInnen resultieren könnte.

Angenommen wird, dass stärkere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie die Teilnahme an im politischen System vorgesehenen konventionellen Partizipationsformen erhöht, während unkonventionelle, protestorientierte Formen eher bei Unzufriedenheit gewählt werden (Hypothese 4).

2.3.2 Vertrauen und Partizipation als Elemente einer demokratischen Kultur

Beim Vertrauen in politische Systeme oder Institutionen existiert ein Spannungsverhältnis von Kontrolle der BürgerInnen durch politische Partizipation einerseits und Vertrauen in politische Institutionen andererseits (Bijlsma-Frankema/ Costa 2005, 261). Selbst im Rahmen des von Almond (1980, 16) besprochenen »rationality-activist model« des demokratischen Citizenship kann nur dann eine stabile Demokratie entstehen, wenn es im Gegenzug zur aktiven Einbindung aller BürgerInnen auch ein bestimmtes Maß an Vertrauen in Autoritäten gibt.

Höheres Vertrauen in das politische System und in die PolitikerInnen sollte das Partizipationsniveau erhöhen: Vertrauen in das demokratische System und seine Einrichtungen ist letztlich auch insofern Voraussetzung für Partizipation, als sie den Glauben an die tatsächliche Wirkung dieser Teilnahme vergrößert (Hypothese 5).

2.3.3 Individuelle Ressourcen

Verschiedene BürgerInnen sehen je nach Erfahrung und Fähigkeit für sich unterschiedliche Möglichkeiten, zu partizipieren (Baum 2001, 1844). Während im Zusammenhang mit politischer Partizipation bisher vor allem Wertvorstellungen und Einstellungen beachtet wurden, wird hier der Einfluss von Bildung und Einkommen untersucht.

Kornelius und Roth (2004, 130) stellen für die Bundesrepublik Deutschland fest, dass finanziell besser gestellte Personen stärker partizipieren. Almond (1980, 23–24) zeigt, dass der Grad an Bildung, die Vertrautheit im Umgang mit Medien und die Kenntnis der und das Wissen um die Politik entscheidend sind, um Kompetenz und Partizipation zu stimulieren. Höhere Bildung fördert sowohl den Glauben an die Fähigkeit, Politik zu verstehen, als auch das Ausmaß an Kommunikation über Politik, verstärkt jedoch nicht das Gefühl staatsbürgerlicher Verpflichtung oder staatsbürgerlichen Engagements. Nach Plasser und Ulram (2002, 103) stellt Bildung eine Voraussetzung für ein aktives staatsbürgerliches Rollenverständnis dar, die erst in entsprechender Kombination mit anderen Faktoren wie etwa mit politischem Interesse wirkt.

Höhere Bildung und höheres Einkommen bewirken stärkere Partizipation, da sie die Ressourcen vergrößern, die für politische Teilnahme zur Verfügung stehen. Da die Mobilisierung von Ressourcen vom politischen Interesse abhängig ist, verstärkt dieses auch die Partizipation. Beide Effekte sollten sich vor allem auf die unkonventionellen Partizipationsformen auswirken, da diese großteils (vor allem bezüglich der Information) mehr Aufwand erfordern. Dementsprechend sollte gelten, dass ein höheres Informationsniveau das Ausmaß unkonventioneller Partizipation erhöht (Hypothese 6).

2.3.4 Staatliches, politisch-kulturelles und ökonomisches Umfeld: Unterschiede im internationalen Vergleich

Historische Entwicklungen, die in der Bevölkerung akzeptierten Norm- und Wertvorstellungen sowie vorhandene Partizipationsmöglichkeiten differieren mit dem staatlichen Umfeld. Ein internationaler Vergleich zwischen sechs Ländern (Österreich, Deutschland, Schweiz, Schweden, Ungarn und USA) soll Licht auf diese Faktoren werfen. Der Vergleich dieser sechs Länder wurde gewählt, weil damit eine ausreichende Variation wichtiger Rahmenbedingungen gegeben und es zugleich noch möglich ist, auch kurz auf die einzelnen Länder einzugehen. Die Kriterien für die Länderauswahl waren: erstens demokratische Tradition, zweitens Möglichkeiten der politischen Partizipation, drittens Selbstverantwortung vs. Staatsverantwortung. Ausgangspunkt war die Situation in Österreich und Deutschland. Im Vergleich mit diesen beiden Staaten ist Ungarn eine »junge Demokratie«, während die Schweiz, die USA und Schweden ältere Demokratien darstellen (Kriterium 1). Vor allem in der Schweiz gibt es zahlreiche direktdemokratische Instrumente (Kriterium 2). Während Schweden als Musterland des Wohlfahrtsstaates gilt, betont das »anglo-amerikanische Staatsverständnis« stärker Selbstverantwortung und Bürgerpflicht (Kriterium 3).

Im Folgenden werden die einbezogenen Nationen im Hinblick auf die für meine Fragestellung relevanten Aspekte charakterisiert. Im Anschluss daran werden jeweils weitere Hypothesen entwickelt.

Die USA stellen den Prototyp einer Nation des politischen Liberalismus mit einer Trennung zwischen der Sphäre des Privaten und des Politischen dar (Haller/Höllinger/Raubal 1990, 37). Dem Individuum soll ein Maximum an Freiheit erhalten bleiben. Der Staat soll sich nicht zu sehr ins Leben der BürgerInnen einmischen, da diese für sich selbst verantwortlich sind. In Europa werden Gleichheit und Wohlfahrtsstaat hingegen vielfach stärker betont. Besonders die schwedische »Dienstleistungsdemokratie« kennzeichnet ein soziales Staatsbürgerschaftsverständnis, das auf Gefühlen und Werten von Solidarität und Sicherheit beruht (Amnå 2006, 588), doch auch Österreich und Deutschland wurden vom Wohlfahrtsstaat geprägt.

Das politische und ökonomische System verlangt eine stärkere Selbstverantwortung der Individuen. Dementsprechend sollte sich in den USA (auch aufgrund der langen demokratischen Tradition) eine höhere Partizipationsbereitschaft herausgebildet haben (Hypothese 7).

Während Österreich, Ungarn und Schweden durchaus Erfahrungen mit direktdemokratischen Instrumenten haben, gibt es solche in Deutschland kaum, und dies nur auf lokaler und regionaler Ebene. Die Schweiz hingegen ist das Musterbeispiel für eine ausgeprägte direkte Demokratie mit über 50 Referenden allein zwischen 2001 und 2006 (http://c2d.unige.ch/int/swisspages/table_resume.html), und in den USA existieren in einzelnen Bundesstaaten sowie vor allem auf kommunaler Ebene zahlreiche direktdemokratische Instrumente wie etwa Volksabstimmungen. Doch weisen sowohl die Schweiz (42 Prozent bei den Parlamentswahlen 2003) als auch die USA (ca. 40 Prozent bei den Kongresswahlen 2006) üblicherweise eine geringe Wahlbeteiligung auf.

Eine Überforderung bzw. Ermüdung der BürgerInnen aufgrund häufiger Abstimmungen könnte zu einer Reduzierung der Wahlbeteiligung in der Schweiz und den USA führen (Hypothese 8).

Wenn die BürgerInnen dieser Staaten trotz niedriger Wahlbeteiligung eine hohe prinzipielle Bereitschaft für andere Partizipationsformen zeigen, würde dies für Hypothese 8 sprechen. Neben Österreich (78 Prozent im Jahr 2006) und Deutschland (78 Prozent im Jahr 2005) hat auch Schweden (82 Prozent im Jahr 2006) eine hohe Wahlbeteiligung.⁶

Sebinger und Nemella (2005, 443–446) stellen fest, dass in Österreich Werthaltungen und Tradition wesentlich für die Wahlentscheidung sind.⁷ Nach Kornelius und Roth (2004, 35–37) sind Tradition und Wahlnorm (ein Gefühl der Verpflichtung, wählen zu gehen) in Deutschland von großer Bedeutung. Konventionelle Formen der Partizipation sind in diesem Sinne »Bürgerpflicht«.

Die politisch-kulturell stärker verankerte Wahlnorm sollte die Wahlbeteiligung in Österreich und Deutschland erhöhen (Hypothese 9).

Attila Ágh (1994) betont, dass der/die BürgerIn als Kern der Zivilgesellschaft und des Staates eine entscheidende Rolle für die Entwicklung westlich-liberaler Demokratien spielte. Eine solche Bürgerkonzeption ist in Zentraleuropa (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei) zwar bekannt, doch existiert sie dem Autor zufolge in diesen Ländern nicht. Er spricht davon, dass die BürgerInnen zu »Pseudo-Citizens« wurden, die aufgrund der Erfahrungen mit den sowjetischen Interventionen gelernt hatten, die Politik zu umgehen. Sie verloren die Fähigkeit, Qualifikation und Praxis, politisch aktiv zu werden, um Ansichten zu artikulieren und Parteien zu organisieren (ebd., 119). Somit führt das Fehlen der staatsbürgerlichen Partizipation als grundlegende Verbindung zwischen der Bevölkerung und ihrer politischen Elite zur Ineffizienz des politischen Systems.

Aufgrund einer fehlenden positiven Beziehung zwischen politischen Eliten und Bevölkerung in der Periode des Kommunismus hat Ungarn heute ein niedrigeres Niveau an politischer Partizipation als etablierte westliche Demokratien (Hypothese 10).

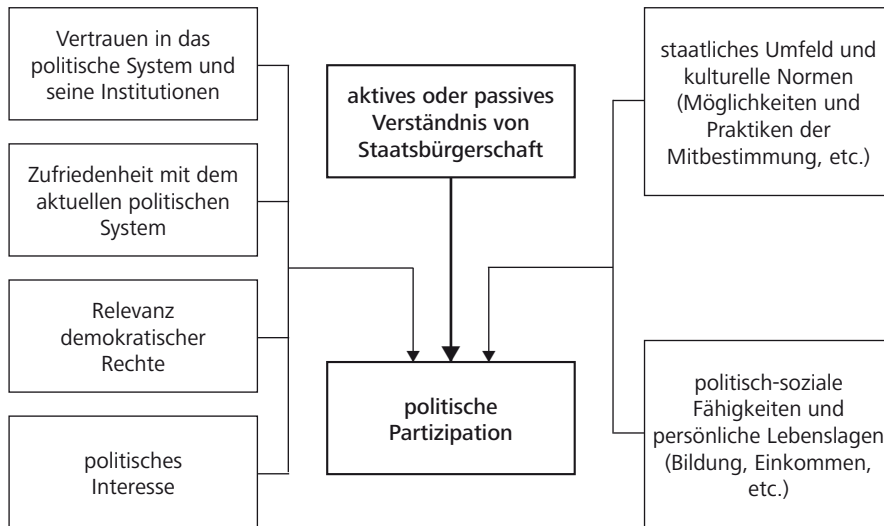
Kapitel 2 diente zunächst der Klärung der Begriffe von aktivem und passivem Citizenship sowie von konventioneller und unkonventioneller Partizipation. Danach wurden neben dem Staatsbürgerschaftsverständnis weitere mögliche Einflussfaktoren auf die politische Partizipation wie das Vertrauen in politische Institutionen oder die Relevanz demokratischer Rechte sowie das individuelle Einkommens- und Bildungsniveau identifiziert: Zu all diesen Einflussfaktoren wurden entsprechende Hypothesen formuliert. Nach einer kurzen Vorstellung der zu betrachtenden Nationen folgten weitere Hypothesen zum Zusammenhang zwischen politischen Systemmerkmalen und politischer Partizipation.

6 In Ungarn lag die Wahlbeteiligung 2006 bei 68 Prozent. Für Deutschland, die Schweiz und Ungarn siehe <http://www.idea.int/vt/parl.cfm>, 9. 10. 2006; für die USA <http://www.infoplease.com/ipa/A0763629.html>, 9. 10. 2006 und Nachrichtenagentur AP, 8. 11. 2006; für Österreich www.bmi.gv.at/wahlen, 20. 10. 2006; für Schweden www.val.se, 21. 9. 2006.

7 Sebinger/Nemella (2005) stützen sich auf Daten des Sozialen Survey Österreich für 2003 (über 2.000 Befragte).

Abbildung 1 fasst das Besprochene analytisch getrennt zusammen. Im Zentrum steht die diskutierte Beziehung zwischen aktivem oder passivem Citizenship und politischer Partizipation. Die Einflussfaktoren auf der linken Seite stellen die relevanten subjektiven Einstellungsdimensionen dar. Auf der rechten Seite finden sich die staatlichen und kulturellen Kontextfaktoren sowie die individuellen Ressourcen.

Abbildung 1: Einflussgrößen auf politische Partizipation



Quelle: eigene Darstellung

3. Empirische Ergebnisse

3.1 Datengrundlage

Das *International Social Survey Programme* (ISSP) ist ein internationaler Verband von Forschungsinstituten in über 40 Ländern, der 1985 als Kooperation zwischen Deutschland, Großbritannien und den USA gegründet wurde. Österreich ist seit 1986 durch das Institut für Soziologie der Universität Graz in diesem Forschungsprogramm vertreten. Jährlich wird in allen Teilnehmerländern eine kurze, repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt (jeweils ca. 1.000 Befragte). Für die jeweiligen Themen werden die Umfragen nach einer Überarbeitung in Abständen von fünf bis acht Jahren wiederholt (Rosegger/Haller 2003, 34, <http://www.isp.org>). Das ISSP hatte 2004 (zum ersten Mal) das Generalthema »Citizenship«. Die österreichische Befragung wurde im Auftrag des Instituts für Soziologie der Universität Graz vom Institut für empirische Sozialforschung in Wien (IFES) durchgeführt. Die Fragen betrafen wünschenswerte Eigenschaften von StaatsbürgerInnen, Partizipationsgewohnheiten und die Zufriedenheit mit der Demokratie, ihren Institutionen und PolitikerInnen. Die folgenden empirischen Kapitel stützen sich auf diese Datengrundlage und konzentrieren sich auf jene sechs Länder, die bereits in Kapitel 2 präsentiert wurden.

3.2 Allgemeine Ergebnisse: Wie passiv sind die BürgerInnen tatsächlich?

Im Folgenden werden zunächst die Vorstellungen über gute StaatsbürgerInnen untersucht, bevor die Frage behandelt wird, wie passiv die BürgerInnen in den betrachteten Nationen tatsächlich sind.

3.2.1 Vorstellungen von guten StaatsbürgerInnen

Die befragten Personen in den sechs verglichenen Ländern (Österreich, Deutschland, Schweiz, Schweden, Ungarn und USA) zählen es nicht zu den wichtigsten Merkmalen eines »guten Staatsbürgers«, *in politischen oder sozialen Vereinigungen mitzuarbeiten*. Hypothese 7 entsprechend wird diese Art von Mitarbeit in den USA mit 55 Prozent Zustimmung (siehe Tabelle 1, S. 384) am stärksten betont und somit die Selbstverantwortung deutlicher hervorgehoben. Auch in der Schweiz (48 Prozent) und in Österreich (46 Prozent) wird dieses Engagement im Vergleich mit den anderen Ländern als wichtiger eingeschätzt.

Als besonders wichtig für einen »guten Staatsbürger« (siehe im Folgenden Gesamtwerte in Tabelle 1, S. 384) stellten sich *Gesetze und Bestimmungen immer zu befolgen* (88 Prozent) sowie *niemals versuchen, Steuern zu hinterziehen* (83 Prozent) heraus. Aber auch *zu versuchen, Andersdenkende zu verstehen, immer wählen zu gehen* und *Menschen im eigenen Land zu helfen, denen es schlechter geht*, zählen allgemein zu als wichtig erachteten Aktivitäten eines »guten Staatsbürgers« (Zustimmung zwischen 81 und 78 Prozent). Die Bereitschaft, *bei Bedarf Militärdienst zu leisten*, wird hingegen nur in den Vereinigten Staaten besonders betont. Um ein »guter Staatsbürger« zu sein, ist es im Vergleich mit den Befragten in anderen Ländern eher für die SchweizerInnen (73 Prozent Zustimmung) und ÖsterreicherInnen (66 Prozent) erforderlich, *Menschen aus anderen Ländern zu helfen, denen es schlechter geht*. Vor allem für die UngarInnen (34 Prozent) hat diese Tugend wenig mit einem »guten Staatsbürger« zu tun. *Sehr aufmerksam zu verfolgen, was die Regierung macht*, ist im internationalen Vergleich vor allem für die Befragten in den USA (89 Prozent) und Schweden (85 Prozent) wichtig. Hier liegt Österreich (75 Prozent) mit etwas Abstand an dritter Stelle. Am anderen Ende des Spektrums findet sich Ungarn (54 Prozent). Bereits diese Befunde stützen Hypothese 10 (siehe Kap. 2, S. 381), die von passiveren BürgerInnen im ehemals kommunistischen Ungarn ausgeht.

Auf weitere bestehende Unterschiede weist Abbildung 2 (S. 385) hin. Hier werden einzelne bereits in Tabelle 1 betrachtete Items nochmals in Form von Mittelwert-Größen dargestellt, um speziellere Aussagen treffen zu können.

Eine besonders ausgeprägte Wahlnorm (hohe Zustimmung zu »immer wählen zu gehen«) in Deutschland oder Österreich ist nach Abbildung 2 nicht zu beobachten. Zu wählen gilt demnach etwa in den USA stärker als Bürgerpflicht, was wiederum für Hypothese 7 (die hohe Eigenverantwortung der BürgerInnen in den USA, siehe Kap. 2, S. 380) spricht. Die anderen beiden Items wurden herausgegriffen, um zu verdeutlichen, dass jene Eigenschaften eines »guten Staatsbürgers«, die tendenziell eher einem passiven Staatsbürgerschaftsverständnis entsprechen (wie stets die Gesetze zu befolgen), in

Tabelle 1: Ansichten über Eigenschaften guter StaatsbürgerInnen in sechs Ländern
(Anteile in Prozent)

als relevant eingestuft (Ausprägung 5 bis 7 auf einer Relevanzskala von 1=unwichtig bis 7=sehr wichtig)		Öster- reich	Deutsch- land	Schweiz	Schwe- den	Ungarn	USA	GESAMT
immer wählen zu gehen		77	66	76	90	73	88	79
niemals versuchen, Steuern zu hinterziehen		78	82	82	79	85	92	83
Gesetze und Bestimmungen immer zu befolgen		86	88	79	87	92	95	88
sehr aufmerksam zu verfolgen, was die Regierung macht		75	69	67	85	54	89	74
in politischen oder sozialen Vereinigungen mitzuarbeiten		46	31	48	27	22	55	39
zu versuchen, Andersdenkende zu verstehen		82	79	90	82	68	85	81
sich aus politischen, ethischen oder Umweltgründen für Produkte zu entscheiden, selbst wenn sie mehr kosten		69	48	68	57	44	63	58
Menschen im eigenen Land zu helfen, denen es schlechter geht		89	80	84	67	60	89	78
Menschen in anderen Ländern zu helfen, denen es schlechter geht		66	59	73	59	34	60	59
bei Bedarf Militärdienst zu leisten		47	42	47	51	57	76	52
n schwankt aufgrund von Nicht-Beantwortung je nach Item	min. n max. n	868 976	1.188 1.308	993 1.074	1.177 1.280	941 1.012	1.447 1.467	6.856 7.130

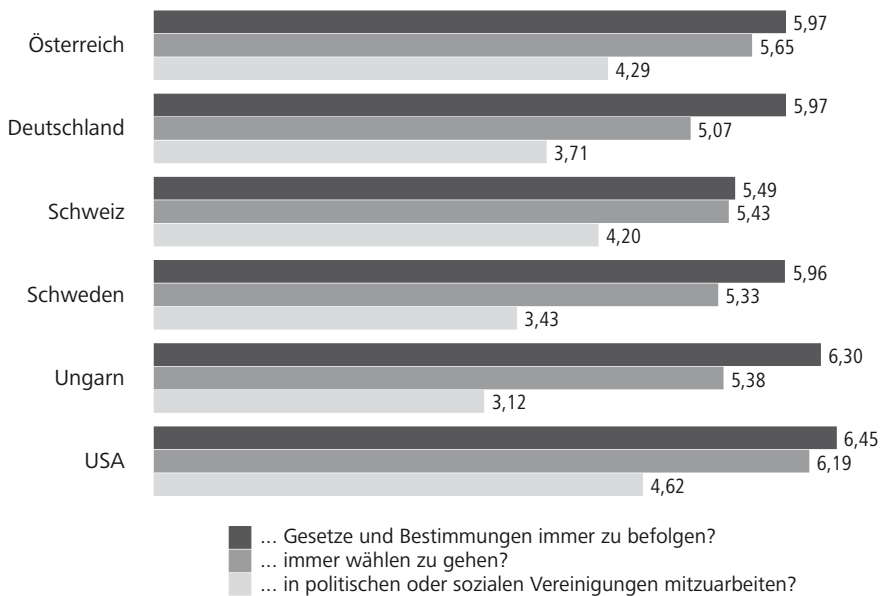
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten des ISSP 2004 (Citizenship)

der Regel als deutlich wichtiger eingestuft werden als jene, die auf ein aktives Verständnis (in politischen oder sozialen Vereinigungen mitzuarbeiten) hindeuten. Dies legt die Vermutung nahe, dass die Stabilität der untersuchten Gesellschaften nicht durch zu aktives Citizenship bedroht wird. Zu starke Forderungen und Proteste, die ein Regieren unmöglich machen würden, oder spürbar störender ziviler Ungehorsam sind nicht zu erwarten.

3.2.2 Bereitschaft zu Partizipation und tatsächliche Teilnahme

Nach Erörterung dieser grundlegenden Einstellungen zur Staatsbürgerschaft stellen sich aufgrund des Umstands, dass Eigenschaften, die auf ein passives Verhalten hinweisen, stärker betont werden als jene, die auf ein aktives Verhalten deuten, folgende Fragen: Zeigt sich damit eine fehlende oder geringe Partizipations- bzw. Auflehnungs-

Abbildung 2: Wie wichtig ist es für einen guten Staatsbürger ... (Mittelwerte)



Anmerkung: Arithmetisches Mittel der Einschätzung von 1=unwichtig bis 7=sehr wichtig pro Land.

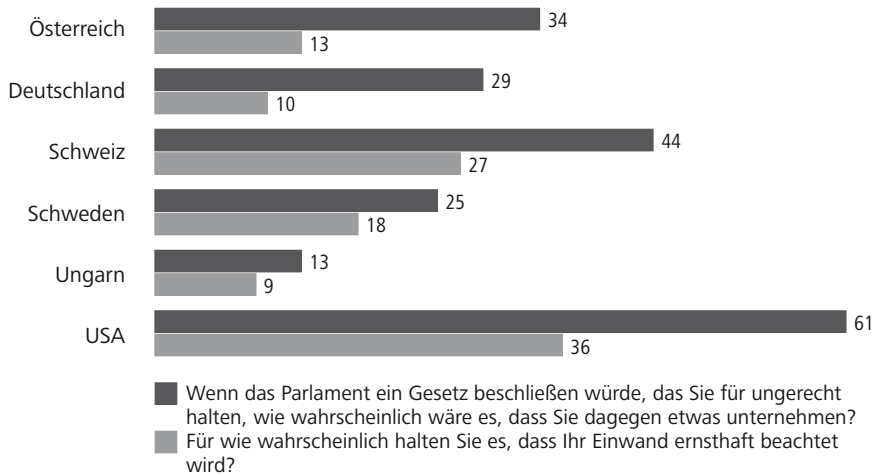
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten des ISSP 2004 (Citizenship)

bereitschaft? Sind die StaatsbürgerInnen tatsächlich passiv? Inwiefern spielt jeweils das Vertrauen in die politischen Eliten eine Rolle, dass diese die Partizipation und das Aufbegehren der BürgerInnen auch ernsthaft beachten? Abbildung 3 (S. 386) soll helfen, diese Fragestellungen zu beantworten.

Die Partizipationsbereitschaft ist in den USA entsprechend dem selbstverantwortlichen Staatsbürgerschaftsverständnis (Hypothese 7, siehe Kap. 2, S. 380) stark ausgeprägt. Abbildung 3 zeigt, dass die Bereitschaft zu Auflehnung im Falle des Beschlusses eines als ungerecht empfundenen Gesetzes in den USA besonders hoch ist; dies wohl auch, da die Befragten mit einem Anteil von 36 Prozent am ehesten der Meinung sind, dass ihre Proteste auch beachtet werden. Die höchsten Werte unter den europäischen Vergleichsbeispielen weist die Schweiz auf, was vermutlich auf eine starke Tradition direktdemokratischer BürgerInnenbeteiligung zurückzuführen ist. Trotz der in diesen beiden Staaten niedrigeren Wahlbeteiligung fehlt es nicht an der grundlegenden Bereitschaft, politisch zu partizipieren: Es zeigt sich eine hohe Bereitschaft, etwas gegen ein als ungerecht empfundenen Gesetz zu unternehmen.

In Ungarn sind sowohl die Bereitschaft, aufgrund eines als ungerecht empfundenen Gesetzes aktiv zu werden, als auch der Glaube daran, dass dies Beachtung finden würde, äußerst schwach. Wenig Hoffnung auf eine ernsthafte Beachtung eventueller Anstrengungen haben auch die deutschen und österreichischen, etwas mehr die schwedischen

Abbildung 3: Bereitschaft zu Partizipation und Glaube an deren Einfluss in sechs Ländern (Anteile in Prozent)



Anmerkung: Kumulierte Anteile der Befragten, die auf einer Skala von 1 = sehr wahrscheinlich bis 4 = überhaupt nicht wahrscheinlich entweder 1 = sehr wahrscheinlich oder 2 = einigermaßen wahrscheinlich angaben.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten des ISSP 2004 (Citizenship)

BürgerInnen. Im Allgemeinen scheint die Bereitschaft, etwas zu unternehmen, mit dem Vertrauen auf deren Wirkung anzuwachsen. Dies stützt die Hypothese 5 zugrunde liegende Überlegung, dass Vertrauen in die politischen Eliten eine Voraussetzung für stärkere Partizipation bzw. Teilnahmebereitschaft darstellt (siehe Kap. 2, S. 379).

Tabelle 2 ermöglicht einen Blick auf die Partizipationskultur. Unter »konventionellen Partizipationsformen« werden in diesem Beitrag in der Verfassung verankerte und in der Bevölkerung anerkannte Teilnahmeformen verstanden (z. B. Wahlen für das Parlament oder andere politische Institutionen, Volksabstimmungen, die Teilnahme am politischen Prozess in Form einer Parteimitgliedschaft). »Unkonventionelle Partizipation« bezeichnet hingegen individuellere, expressivere und eher protestorientierte Formen wie die persönliche Kontaktaufnahme zu PolitikerInnen, Meinungsäußerungen in den Medien oder Demonstrationen.

Der Anteil an Personen, die angaben, bei der letzten nationalen Wahl nicht gewählt zu haben, ist in der Schweiz mit 40 Prozent und den USA mit 37 Prozent am höchsten. Trotz der in diesen Staaten beobachteten niedrigeren Wahlbeteiligung fehlt es, wie Abbildung 3 zeigt, nicht an der grundlegenden Bereitschaft zu Partizipation. Dies spricht für Hypothese 8, dass eine Vielzahl an Partizipationsmöglichkeiten zu Ermüdungserscheinungen im Sinn geringerer Partizipation führen kann (siehe Kap. 2, S. 381). Die USA (42 Prozent) sowie Österreich (18 Prozent) zeichnen sich durch einen relativ hohen Anteil an Parteimitgliedern aus. Zu den USA ist allerdings anzumerken,

dass ein Parteibuch (wie in vielen europäischen Ländern üblich) nicht existiert. Die US-amerikanischen Parteien verstehen sich eher als Wahlverbände. Die scheinbar hohe Anzahl an Parteimitgliedern könnte sich dadurch ergeben, dass die für die Wahlberechtigung notwendige Registrierung von VertreterInnen der Parteien vorgenommen wird und daraus im ISSP eine Parteimitgliedschaft abgeleitet wird. In Ungarn ist der Anteil von Parteimitgliedern mit 2 Prozent der Befragten extrem niedrig.

Ähnlich niedrige Werte zeigen sich für andere Partizipationsformen in Ungarn. Nur 16 Prozent der ungarischen Befragten haben bereits einmal an einer Unterschriftenaktion teilgenommen; nur 5 bzw. 6 Prozent haben sich schon an einer Demonstration beteiligt bzw. versucht, einen Politiker zu kontaktieren. An einer Demonstration haben immerhin 32 Prozent der deutschen und 27 Prozent der schwedischen Befragten teilgenommen. 77 Prozent der schwedischen sowie 69 Prozent der österreichischen Befragten haben bereits eine Unterschriftenaktion unterstützt. In den USA haben 43 Prozent, und in Österreich immerhin noch 35 Prozent bereits einmal versucht, einen Politiker zu kontaktieren.

Tabelle 2: Indikatoren politischer Partizipation in sechs Ländern (Anteile in Prozent)

Indikatoren		Öster- reich	Deutsch- land	Schweiz	Schwe- den	Ungarn	USA	GESAMT
bei der letzten nationalen Wahl nicht gewählt		9	12	40	10	19	37	21
Mitglied einer politischen Partei		18	5	9	10	2	42	15
bereits einmal an einer Demonstration teilgenommen		22	32	17	27	5	19	21
bereits einmal an einer Unterschriftenaktion teilgenommen		69	56	59	77	16	67	58
bereits einmal versucht, einen Politiker zu kontaktieren		35	20	20	19	6	43	25
n schwankt aufgrund von Nicht-Beantwortung je nach Item	min. n max. n	991 1006	1.218 1.292	956 1.077	1.250 1.283	1.017 1.025	1.459 1.468	6.946 7.130

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten des ISSP 2004 (Citizenship)

Hypothese 2 enthält die Aussage, dass man nicht generell von passiven BürgerInnen sprechen kann, sondern die Situation differenzierter zu beurteilen ist, da zwischen Formen konventioneller und unkonventioneller Partizipation unterschieden werden muss (siehe Kap. 2, S. 378). Diese Annahme scheint sich zu bestätigen. Vor allem bei unkonventionellen Partizipationsformen zeigt sich teilweise eine hohe Beteiligungsquote. Auch ist zu erkennen, dass die BürgerInnen sich durchaus beteiligen wollen. Bestätigen lässt sich zudem Hypothese 10, dass die Partizipation in Ungarn schwach ausgeprägt ist (siehe Kap. 2, S. 381). In den USA wird zwar die individuelle Selbstverantwortung besonders betont, doch ist damit nur bedingt eine stärkere Partizipation verbunden. Obwohl die

deutschen und österreichischen Befragten die BürgerInnenpflicht, stets zu wählen, im internationalen Vergleich nicht als besonders wichtig einschätzen, ist gerade in diesen Ländern und in Schweden der Anteil der bekennenden NichtwählerInnen sehr gering. Das spricht doch eher für das Bestehen einer Wahlnorm (siehe Hypothese 9, Kap. 2, S. 381).

3.3 Indizes zur Erfassung der Dimensionen von Citizenship

In diesem Abschnitt sollen aussagekräftige Indizes für die im nächsten Teilkapitel folgenden Regressionsberechnungen gewonnen werden. Dafür werden mittels Faktorenanalysen Zusammenhänge zwischen einzelnen Variablen identifiziert: In der Folge wird durch Reliabilitätsanalysen (Berechnung von Cronbach's Alpha) geprüft, inwiefern sich diese Zusammenhänge zur Messung einer latenten Variable eignen.

3.3.1 Erläuterungen zur Faktorenanalyse

Die Faktorenanalyse ist ein Dimensionen reduzierendes statistisches Verfahren. Sie ermöglicht es, mehrere Variablen zu einigen wenigen Faktoren zusammenzufassen. Mittels Faktorenanalysen untersucht man, inwieweit gewisse Variablen aus einer Menge unterschiedlicher Variablen zusammenhängen – also Gruppen bilden, denen jeweils eine latente Hintergrundvariable (etwa eine Einstellung) zugrunde liegt. Diese Hintergrundvariablen sollten möglichst viel der ursprünglich in den Daten vorhandenen Information enthalten. Sie werden »Faktoren« genannt.

Die Hauptkomponentenanalyse ist eine Rechenmethode, mit der die in den Variablen enthaltene Varianz⁸ »extrahiert« wird. Auf diesem Wege entstehen Faktoren, die sukzessiv einen maximalen Anteil der Varianz beschreiben. (Der erste Faktor beschreibt den größten Anteil der Varianz, der zweite Faktor den zweitgrößten, etc.) Faktorladungen sind Korrelationen der jeweiligen Variable mit dem jeweiligen Faktor. Sie zeigen Richtung und Stärke des statistischen Zusammenhangs und liegen zwischen -1 und +1. Das Verfahren der Varimax-Rotation versucht, die quadrierten Ladungen pro Faktor zu maximieren. Mittlere Faktorladungen werden damit kleiner oder größer und lassen sich dadurch leichter einem Faktor zuordnen. Denn schließlich müssen die gewonnenen Faktoren plausibel gemacht und interpretiert werden.

Um Indizes für die weitere Analyse zu generieren, wurde darauf geachtet, ob bzw. inwiefern sich ähnliche Zusammenhänge feststellen lassen, die sich aus den für jedes Land einzeln berechneten Faktorenanalysen ergeben. Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse der Faktorenanalysen. Die daraus gebildeten Indizes stellt Tabelle 4 (S. 390) dar.

3.3.2 Dimensionen von Citizenship

Tabelle 3 zeigt einerseits, dass es kein einheitliches Verständnis von Citizenship gibt, und andererseits, dass eine klare Trennung in eine aktive und eine passive Vorstellung von Staatsbürgerschaft nicht möglich ist. Die Berechnungen ergeben in jedem Land zwei oder drei Faktoren. Am eindeutigsten ergibt sich eine aktive Vorstellung, die die Ausübung politischer und die Wahrung sonstiger Rechte betont (siehe Kap. 2, S. 375),

8 Als Streuungsmaß misst die Varianz die Abweichung einer Zufallsvariable vom Erwartungswert.

Tabelle 3: Eigenschaften guter StaatsbürgerInnen in sechs Ländern
(Faktorenanalysen, Hauptkomponentenanalyse, Varimax-Rotation)

Eigenschaften/Items	Öster- reich	Deutsch- land	Schweiz	Schwe- den	Ungarn	USA
	Faktor 1 2	Faktor 1 2 3	Faktor 1 2	Faktor 1 2 3	Faktor 1 2	Faktor 1 2 3
immer wählen zu gehen	X	X		X		X
niemals versuchen, Steuern zu hinterziehen	X	X	X	X	X	X
Gesetze und Bestimmungen immer zu befolgen	X	X	X	X	X	X
sehr aufmerksam zu verfolgen, was die Regierung macht		X		X		X
in politischen oder sozialen Vereinigungen mitzuarbeiten		X			X	X
zu versuchen, Andersdenkende zu verstehen	X					
sich aus politischen, ethischen oder Umweltgründen für Produkte zu entscheiden, selbst wenn sie mehr kosten	X		X	X	X	
Menschen im eigenen Land zu helfen, denen es schlechter geht	X	X	X	X	X	X
Menschen in anderen Ländern zu helfen, denen es schlechter geht	X	X	X	X	X	X
bei Bedarf Militärdienst zu leisten						
erklärte Varianz in Prozent	24 28	18 19 20	22 25	18 17 24	23 32	14 22 19
n	795	1.048	960	1.078	892	1.406

Anmerkung: Die Befragten des ISSP konnten zehn vorgegebene Eigenschaften eines »guten Staatsbürgers« auf einer Skala von 1=nicht wichtig bis 7=sehr wichtig bewerten.

Die einzelnen Faktorladungen (zwischen -1 und +1) zeigen Richtung und Stärke des Zusammenhangs einer Variable mit dem jeweiligen Faktor. Eine Variable wurde einem Faktor zugerechnet, wenn der Betrag der Faktorladung auf diesen Faktor größer als 0,65 und jener auf alle anderen kleiner als 0,4 war (mit X gekennzeichnet). Dies ermöglicht eindeutige Zuordnungen von Variablen zu Faktoren sowie eine klare Trennung zwischen Faktoren. Es lassen sich pro Land zwei bis drei Faktoren identifizieren. So bilden z. B. in der Schweiz die Items »niemals versuchen, Steuern zu hinterziehen« und »Gesetze und Bestimmungen immer zu befolgen« den ersten Faktor, während der zweite Faktor drei Items umfasst (sich aus politischen, ethischen oder Umweltgründen für teurere Produkte zu entscheiden sowie Menschen im eigenen Land und Menschen in anderen Ländern zu helfen, denen es schlechter geht).

Die erklärte Varianz deutet darauf hin, wie viel an Information von den in die Faktorenanalyse einbezogenen Variablen noch im angezeigten Faktor enthalten ist.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten des ISSP 2004 (Citizenship)

noch in Deutschland und den USA. Dieses aktive Staatsbürgerschaftsverständnis setzt sich aus den Eigenschaften bzw. hohen Zustimmungsraten zu den Items *immer wählen*

Tabelle 4: Vorstellungen von Staatsbürgerschaft in sechs Ländern
(Cronbach's Alpha, arithmetisches Mittel)

legalistische Vorstellung von Staatsbürgerschaft	Nation	Cronbach's Alpha	arithmetisches Mittel*	n
gebildet aus den Items:	Österreich	0,79	7,23	936
niemals versuchen, Steuern zu hinterziehen	Deutschland	0,66	7,24	1.260
	Schweiz	0,66	6,57	1.065
Gesetze und Bestimmungen immer zu befolgen	Schweden	0,75	7,20	1.258
	Ungarn	0,78	7,78	991
	USA	0,53	8,52	1.461
sozial-altruistische Vorstellung von Staatsbürgerschaft	Nation	Cronbach's Alpha	arithmetisches Mittel*	n
gebildet aus den Items:	Österreich	0,70	6,32	972
Menschen im eigenen Land zu helfen, denen es schlechter geht	Deutschland	0,73	5,60	1.280
	Schweiz	0,72	6,09	1.064
Menschen in anderen Ländern zu helfen, denen es schlechter geht	Schweden	0,79	5,35	1.249
	Ungarn	0,79	4,19	986
	USA	0,67	6,16	1.459

*Reichweite: 0.2 bis 10; je höher der Wert, desto stärker ausgeprägt ist die jeweilige Vorstellung.

Anmerkung: Die hier angeführten Indizes entstanden in Folge der in Tabelle 3 angeführten Faktorenanalysen. Bei der Indexkonstruktion wurden jeweils die Ausprägungen der einzelnen Items miteinander multipliziert, um konsistenten Unterschieden größeres Gewicht zu verleihen. Danach wurden die Skalen zur Erleichterung der Interpretation in einen überschaubaren Rahmen gebracht.

Cronbach's Alpha ist eine Maßzahl für die interne Konsistenz von Konstrukten. Das Zuverlässigkeitsmaß kann als quadrierte Interkorrelation maximal den Wert 1 annehmen. Ein Wert größer gleich 0,6 bedeutet, dass sich die einzelnen zur Berechnung herangezogenen Variablen gut zur Messung einer latenten Variable eignen. Alpha wächst allerdings mit der Anzahl einbezogener Variablen, sodass bei Berücksichtigung von nur zwei Variablen auch ein geringerer Wert akzeptabel ist.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten des ISSP 2004 (Citizenship)

zu gehen, sehr aufmerksam zu verfolgen, was die Regierung macht und in politischen oder sozialen Vereinigungen mitzuarbeiten zusammen.

Ein passives Staatsbürgerschaftsverständnis zeigt sich hingegen in allen sechs Ländern. Dieses besteht aus den Eigenschaften bzw. hohen Zustimmungsraten zu den Items *Gesetze und Bestimmungen immer zu befolgen* sowie *zu versuchen, niemals Steuern zu hinterziehen*. In allen sechs Ländern laden die Variablen hoch auf einen Faktor – sie wurden deshalb auch dazu verwendet, um den Index »legalistische Vorstellung von Staatsbürgerschaft« zu erstellen. Diesem wird die »sozial-altruistische Vorstellung« gegenübergestellt, die betont, dass StaatsbürgerInnen sich um BürgerInnen des eigenen Landes oder anderer Länder, denen es schlechter geht, kümmern müssen. Immerhin begleitet »helfen« eine aktive Konnotation. Deutlich positiver beurteilt wird in allen Ländern die legalistische Vorstellung (siehe Tabelle 4) und zwar besonders in den USA

(Mittelwert von 8,52 auf der Skala von 0,2 bis 10) und Ungarn (7,78), am wenigsten in der Schweiz (6,57). Die sozial-altruistische Komponente wird vor allem in Ungarn als wenig wichtig erachtet. Insofern zeigt sich dort das geringste Partizipationspotenzial.

Unter Anwendung derselben, bei den Tabellen 3 und 4 erläuterten Methodik wurden weitere Indizes konstruiert, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

3.3.3 Weitere Indizes

Zunächst wird der Index »unkonventionelle Partizipation« beschrieben, der sich aus vier Items zusammensetzt:

1. Teilnahme an einer Demonstration,
2. Teilnahme an einer politischen Versammlung oder Kundgebung,
3. Kontaktaufnahme bzw. Versuch einer Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen oder BeamtInnen, um die eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen,
4. Kontaktaufnahme mit oder Meinungsäußerung in den Medien.

Der auf diese Weise entstandene Index »unkonventionelle Partizipation« enthält vor allem protestorientierte Formen der Partizipation (Kundgebungen, Demonstrationen). Dies ist bei späteren Interpretationen zu berücksichtigen. Die erzielten Mittelwerte zeigen, dass die Partizipation erwartungsgemäß in Ungarn (Mittelwert –7,84) sehr gering und in den USA (–3,56) am größten ist (Reichweite –10 bis –0,04).

Der Index zur »Relevanz demokratischer Rechte« setzt sich aus vier Items mit folgenden Ansprüchen zusammen:

1. dass alle BürgerInnen einen ausreichenden Lebensstandard haben,
2. dass Staat und Behörden die Rechte von Minderheiten achten und schützen,
3. dass Staat und Behörden alle BürgerInnen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position gleich behandeln, sowie
4. dass PolitikerInnen die Ansichten der BürgerInnen bei Entscheidungen berücksichtigen.

Demokratische Rechte werden in allen Ländern als wichtig erachtet. Auf einer Skala von 0 bis 10 ergeben sich Mittelwerte von 6,67 (Schweiz) bis 7,90 (Schweden).

Der gebildete Index zum »Vertrauen in PolitikerInnen« umfasst die Aussagen »Menschen wie ich haben nichts zu sagen bei dem, was die Regierung tut«, »die Regierung kümmert sich nicht darum, was Menschen wie ich denken« und »die meisten Politiker sind nur wegen ihres persönlichen Vorteils in der Politik«. Die Skala für diesen Index reicht von 0,08 bis 10. Sehr gering ist im internationalen Vergleich das Vertrauen der UngarInnen in ihre PolitikerInnen (Mittelwert 1,14). Am höchsten ist dieses in der Schweiz (2,31) und den USA (2,28). Dies lässt sich eventuell damit erklären, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung ausgeprägter sind und daher politische Macht stärker kontrolliert werden kann.

Der Index »politische Informiertheit« besteht aus den Items »ich weiß über die wichtigsten Probleme im eigenen Land ziemlich gut Bescheid« und »die meisten Menschen im eigenen Land sind über Politik und Regierung besser informiert als ich«, wobei die Zustimmungsggrade beim zweiten Item umgedreht wurden. Während besonders die US-AmerikanerInnen der Ansicht sind, gut über Politik Bescheid zu

wissen (Mittelwert von $-2,48$ auf einer Skala von -10 bis $-0,40$), bilden wiederum die UngarInnen das Schlusslicht ($-3,95$). Dasselbe gilt für das angegebene Interesse an Politik – mit einem Unterschied: Die deutsche Bevölkerung zeigt sich noch interessierter als jene der USA (Mittelwerte von $-2,70$ bzw. $-2,79$ auf einer Skala von -10 bis $-0,16$).⁹ Insofern könnten aktuelle deutsche Probleme (allgemeine Wirtschaftslage, hohe Arbeitslosigkeit, Folgen der Wiedervereinigung) einen Einfluss ausüben. Im Fall Ungarns bestätigt sich die in Hypothese 10 (siehe Kap. 2, S. 381) formulierte Annahme, dass sich eine fehlende positive Beziehung zwischen politischen Eliten und Bevölkerung in der Periode des Kommunismus bis heute auswirkt. Die Vergleiche der Indexwerte zeigen ein geringes Vertrauen in PolitikerInnen, ein geringes Interesse an und einen niedrigen Informationsgrad über Politik.

3.4 Regressionsanalysen: *Citizenship als Determinante der Partizipation?*

In Kapitel 2 wurden mögliche Einflussfaktoren auf Partizipation von Einstellungen (wie die Betonung demokratischer Rechte) bis zu individuellen Ressourcen (u. a. Einkommen) besprochen. In diesem Abschnitt soll deren tatsächliche Wirkung aufgedeckt werden. Dazu dienen Regressionsmodelle, bei denen zwischen konventioneller Partizipation (etwa der Stimmabgabe bei einer Wahl) und dem Index zur unkonventionellen Partizipation unterschieden wird. So kann untersucht werden, ob sich die einzelnen Faktoren auf konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen in unterschiedlicher Weise auswirken.

3.4.1 Methodik

Mit Regressionsberechnungen wird untersucht, inwieweit eine abhängige, zu erklärende Variable und mehrere unabhängige, erklärende Variablen (genauer: deren Ausprägungen) miteinander zusammenhängen. Kausale Wirkungsbeziehungen (a verursacht b) lassen sich durch Regressionen nicht nachweisen, sondern nur die Beziehung (Stärke und Richtung) selbst. Bei der linearen Regression wird angenommen, dass zwischen den Werten der Variablen ein linearer Zusammenhang besteht (a steigt um einen konstanten Faktor, wenn b steigt oder sinkt). Der Regressionskoeffizient bildet diesen konstanten Faktor – er ist negativ bei einem negativen, positiv bei einem positiven Zusammenhang und ist vor allem für Prognosen wichtig. Da dieser allerdings von den Einheiten abhängt, in denen die Variablen gemessen werden, werden in diesem Aufsatz standardisierte Werte der Regressionskoeffizienten (Beta-Werte) ausgewiesen. Dies ermöglicht es, nicht nur die Richtung des Zusammenhangs festzustellen, sondern auch die Stärke der Wirkungen zwischen den unabhängigen Variablen zu vergleichen.

Mit der logistischen Regression können binäre abhängige Variablen (diese haben nur zwei Ausprägungen) untersucht werden (z. B. 0 = NichtwählerIn, 1 = WählerIn in

9 Ungarn weist auf dieser Skala einen Mittelwert von $-4,36$ auf. Die Skala wurde auf Basis der Antworten auf folgende Fragen gebildet: »Wie sehr sind Sie an Politik interessiert?«, »Wenn Sie mit Freunden, Verwandten oder Arbeitskollegen zusammen sind, wie oft diskutieren Sie über Politik?« und »Wenn Sie feste politische Ansichten haben, wie häufig versuchen Sie, Ihre Freunde, Verwandten oder Arbeitskollegen davon zu überzeugen?«.

Tabelle 5: Determinanten unkonventioneller politischer Partizipation in sechs Ländern (lineare Regressionen)

unabhängige Variable ⁺	abhängige Variable: unkonventionelle Partizipation Index: -256 (gering) bis -1 (stark)					
	Öster- reich	Deutsch- land	Schweiz	Schweden	Ungarn	USA
	Beta-Koeffizienten					
individuelle Merkmale und persönliche Ressourcen						
<i>Alter</i>						
bis 30 Jahre	-0,03	0,02	0,06*	0,03	0,12**	-0,06*
31 bis 60 Jahre			Rest-Gruppe der Dummy-Kodierung			
über 60 Jahre	-0,09**	-0,18**	-0,18**	-0,06*	-0,05	-0,06*
<i>Bildung</i> (0 = geringer, 1 = höher) ⁺⁺	0,15**	0,05	0,05	0,03	0,16**	0,10**
<i>Einkommen</i>						
unteres Drittel	-0,02	-0,01	0,04	0,05	0,02	-0,00
mittleres Drittel			Rest-Gruppe der Dummy-Kodierung			
oberes Drittel	0,11**	0,03	0,13**	0,02	0,06	0,04
Demokratie						
Zufriedenheit mit der Demokratie (ansteigend)	-0,06*	0,02	0,02	-0,02	-0,09**	0,03
Relevanz demokratischer Rechte (ansteigend)	0,09**	0,03	0,14**	0,04	0,03	0,11**
Vertrauen in PolitikerInnen (0 = schwach, 1 = stark)	0,06	0,09**	0,07*	0,06*	0,04	0,07**
Interesse an Politik (ansteigend)	0,40**	0,40**	0,32**	0,42**	0,32**	0,41**
Selbsteinschätzung politische Informiertheit (0 = schwach, 1 = stark)	0,02	0,12**	0,20**	0,16**	0,10**	0,11**
Staatsbürgerschaftsvorstellung						
legalistisch (ansteigend)	-0,13**	-0,11**	-0,13**	-0,06*	-0,07*	-0,10**
sozial-altruistisch (ansteigend)	0,06*	0,06*	0,11**	0,08**	0,11**	0,01
n	833	1.020	983	1.020	846	1.347
R ² _{korr}	0,30	0,34	0,38	0,30	0,25	0,32

Anmerkung: *p<0,05, **p<0,01; +Konstante berechnet, aber nicht abgebildet.

⁺⁺Höhere Bildung bedeutet in Österreich »mit Matura«, sonst »above higher secondary level«.

Lesebeispiel: In Österreich wirkt sich eine stärker legalistische Vorstellung von Staatsbürgerschaft negativ auf die Teilnahme an unkonventionellen Partizipationsformen aus. Dieser negative Einfluss (-0,13) ist größer als der positive eines stärker sozial-altruistischen Verständnisses (0,06). Der erste Effekt wird durch einen p-Wert von unter 0,01 abgesichert. Das bedeutet, dass für diese Wirkungsbeziehung eine statistische Irrtumswahrscheinlichkeit von maximal 1 Prozent besteht.

Anmerkung: Mit der Dummy-Kodierung können Effekte von Kategorien geprüft werden. Aus einer Variablen (z. B. Alter in Jahren) werden mehrere Dummy-Variablen (Kategorien/Gruppen wie bis 30 Jahre, 31 bis 60, über 60 Jahre) gebildet. Eine Dummy-Variable nimmt nur die Werte 0 oder 1 an (z. B. bis 30 Jahre: 0=nein, 1=ja). Werden die aus einer Variablen gebildeten Dummy-Variablen in die Regression einbezogen, muss aus berechnungstechnischen Gründen eine davon weggelassen werden (Rest-Gruppe). Die anderen Kategorien (Dummy-Variablen) sind dann in Relation zur Rest-Gruppe zu interpretieren. Beim Alter wurde eine solche Kodierung gewählt, weil sie es nicht nur ermöglicht, generelle Trendaussagen (wie »je älter, desto weniger unkonventionelle Partizipation«) zu formulieren, sondern auch genauer zwischen einzelnen Kategorien zu unterscheiden. So lässt sich nun zeigen, dass sich in den USA die mittlere Alterskategorie am stärksten unkonventionell beteiligt. Beim Einkommen sollte geprüft werden, ob bereits ein durchschnittliches oder erst ein höheres Einkommen entscheidende Ressourcen für stärkere unkonventionelle Partizipation bereitstellt.

Tabelle 6: Determinanten konventioneller politischer Partizipation in sechs Ländern (logistische Regressionen)

unabhängige Variable ⁺	abhängige Variable: 0=NichtwählerIn/keine Angabe, 1=WählerIn bei letzter Wahl					
	Öster- reich	Deutsch- land	Schweiz	Schweden	Ungarn	USA
	Exp(B)					
individuelle Merkmale und persönliche Ressourcen						
<i>Alter</i>						
bis 30 Jahre	0,24**	0,12**	0,22**	0,10**	0,26**	0,05**
31 bis 60 Jahre	0,48**	0,41*	0,57**	0,38*	0,62	0,22**
über 60 Jahre		Referenzkategorie				
<i>Bildung</i>						
(0 = geringer, 1 = höher) ⁺⁺	1,09	0,92	1,21	0,78	1,00	2,13**
<i>Einkommen</i>						
unteres Drittel	0,96	0,58*	1,67**	0,29**	0,27**	1,18
mittleres Drittel		Rest-Gruppe der Dummy-Kodierung				
oberes Drittel	3,41**	1,99*	1,28	1,48	1,90	1,47*
Demokratie						
Zufriedenheit mit der Demokratie (ansteigend)	1,11*	1,07	1,07	1,27**	1,03	1,08*
Relevanz demokratischer Rechte (ansteigend)	1,02	0,91*	1,01	1,07	1,02	0,96
Vertrauen in PolitikerInnen						
(0 = schwach, 1 = stark)	1,59**	1,38	1,46*	1,32	0,77	1,71**
Interesse an Politik						
(ansteigend)	1,15**	1,24**	1,32**	1,24**	1,24**	1,26**
Selbsteinschätzung politische Informiertheit						
(0 = schwach, 1 = stark)	1,04	2,75**	2,70**	8,15**	2,78**	1,60**
Staatsbürgerschaftsvorstellung						
legalistisch (ansteigend)	0,99	0,93	1,00	1,05	1,03	1,06
sozial-altruistisch (ansteigend)	1,00	1,02	0,97	1,02	0,89**	0,96
n	824	1.069	991	1.083	846	1.392
Nagelkerke R ²	0,19	0,33	0,31	0,35	0,30	0,38

Anmerkung: *p<0,05, **p<0,01; +Konstante berechnet, aber nicht abgebildet.

⁺⁺Höhere Bildung bedeutet in Österreich »mit Matura«, sonst »above higher secondary level«.

Lesebeispiel: Ein Exp(B) von 2,13 für die Bildung in den USA bedeutet, dass höher gebildete im Vergleich zu weniger gebildeten Personen mit einer etwas mehr als doppelt so großen Wahrscheinlichkeit/Chance an der Wahl teilgenommen haben. Im Fall einer Referenzgruppe sind die Exp(B) der einzelnen Ausprägungen einer Variablen immer in Bezug auf diese zu interpretieren; d. h. jene von bis 30-Jährigen und 30- bis 60-Jährigen jeweils in Bezug zu den Personen über 60 Jahren. Stellt die unabhängige Variable eine Skala dar, so kann man sich das bildlich etwa so vorstellen, dass der Exp(B) das Chancenverhältnis ausdrückt, wenn man auf dieser Skala »eine Stufe höher klettert«.

Anmerkung: Nagelkerke R² erlaubt ähnlich wie R²_{korrr} bei der linearen Regression die Abschätzung der erklärten Varianz. Siehe dazu wie zum p-Wert und zur Dummy-Kodierung das Lesebeispiel zu Tabelle 5.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten des ISSP 2004 (Citizenship)

Fortsetzung Tabelle 5: R²_{korrr} dient zur Abschätzung der Erklärungskraft des Modells. Ein R²_{korrr} von 0,30 bedeutet, dass 30 Prozent der Varianz der abhängigen Variable durch die Varianz der unabhängigen Variablen erklärt werden.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten des ISSP 2004 (Citizenship)

Tabelle 6, S. 394). Mit einer linearen Regression ist dies nicht möglich, da dadurch bestimmte Anwendungsvoraussetzungen dieses Verfahrens verletzt würden. Bei der logistischen Regression wird die abhängige Variable dementsprechend transformiert. Da die Regressionskoeffizienten der logistischen Regression nicht einfach zu interpretieren sind, werden in diesem Aufsatz die Effektkoeffizienten ($\text{Exp}(B)$) angegeben. Ein positiver Zusammenhang besteht, wenn $\text{Exp}(B)$ größer als 1 ist; ein negativer, sofern dieser kleiner als 1 ist. Effektkoeffizienten lassen sich als Chancenverhältnis interpretieren (siehe Lesebeispiel zu Tabelle 6).

Die durchgeführten Regressionsanalysen zielten darauf ab, jeweils mindestens 80 Prozent der befragten Personen einzuschließen. Bei vielen fehlenden Angaben wurden deshalb einzelne Variablen in zwei Gruppen aufgeteilt (0/1-Kodierung) und Personen mit fehlenden Angaben der mit dem Wert »0« belegten Gruppe zugeordnet. Neben den oben präsentierten Indizes und einfach nachvollziehbaren Variablen wie dem Bildungsniveau wurde die Zufriedenheit mit der Demokratie über die Variable »Wie funktioniert die Demokratie im eigenen Land heute?« (0 = »sehr schlecht« bis 10 = »sehr gut«) in die Regressionsmodelle integriert. Besonders die ÖsterreicherInnen und SchweizerInnen sind mit ihrer Demokratie zufrieden. Am unzufriedensten sind die deutsche und die ungarische Bevölkerung. Tabelle 5 (S. 393) und 6 zeigen die Ergebnisse der Regressionsanalysen.

3.4.2 Ergebnisse und Befunde

Zunächst stellt sich die Frage, inwieweit individuelle Merkmale und persönliche Ressourcen einen Einfluss ausüben. Jüngere Menschen deklarieren seltener, zur Wahl gegangen zu sein. Auszugehen ist allerdings nicht von einer »totalen Politikverdrossenheit« und Passivität der Jugend. Die Lage ist gemäß Hypothese 2 (siehe Kap. 2, S. 378) differenzierter zu betrachten: Junge Leute partizipieren keineswegs weniger, auch wenn sie sich stärker von konventioneller Partizipation entfernen, da sie sich aufgrund eines weniger rigiden Zeitbudgets, höherer Mobilität und geringerer Berührungsängste mit neueren Partizipationsformen stärker unkonventionell beteiligen. Ältere Menschen (vor allem jene über 60 Jahre) wiederum nützen unkonventionelle Teilnahmemöglichkeiten weniger. In den USA partizipiert eher die mittlere Alterskategorie (31 bis 60 Jahre), in Ungarn und der Schweiz beteiligen sich eher die jüngere (unter 30 Jahre), in Deutschland und Schweden sowohl die jüngere als auch die mittlere Altersgruppe auf unkonventionelle Weise.

Das Bildungsniveau wirkt sich am deutlichsten in den USA aus – höher Gebildete haben einen sehr starken Einfluss auf die Politik. Die Wahrscheinlichkeit, bei der letzten Wahl die Stimme abgegeben zu haben, steigt in den USA mit höherer Bildung deutlich an. Tendenziell stärkt ein höheres Bildungsniveau in allen Ländern die Neigung zu unkonventioneller Partizipation. In Österreich, Ungarn und den USA wird dieser Effekt auch signifikant bestätigt.

Das Einkommen wirkt sich auf die Wahlbeteiligung unterschiedlich aus. Tendenziell sinkt mit einem geringeren Einkommen die Chance, sich als WählerIn zu deklarieren. Dies gilt allerdings nicht für die Schweiz, wo die mittlere Einkommenskategorie

die niedrigste Wahlbeteiligung aufzuweisen scheint. Ein höheres Einkommen fördert lediglich in Österreich und der Schweiz eindeutig unkonventionelle Partizipation. Ob dies an der politischen Kultur oder an den geografischen Bedingungen liegt, kann hier nicht geklärt werden.¹⁰ Zu beachten ist, dass ein Durchschnittseinkommen (mittlere Einkommenskategorie) noch nicht ausreicht, um die unkonventionelle Partizipation zu erhöhen.

Interessant ist in diesem Kontext die Wirkung des Interesses an Politik. Eindeutig lässt sich feststellen, dass mit steigendem Interesse die unkonventionelle Partizipation zunimmt. Auf die Neigung, sich als WählerIn zu bekennen, wirkt sich dies beinahe ebenso stark aus. Ähnliches gilt (jeweils mit Ausnahme von Österreich) auch für die persönliche politische Informiertheit. Hypothese 6 (siehe Kap. 2, S. 379) wird klar gestärkt: Politisches Interesse und Informiertheit sind entscheidende Faktoren für die Partizipation. Höheres Einkommen oder höhere Bildung sind zwar nicht gleich bedeutend, sie dürften aber beide sowohl das politische Interesse als auch den Informationsgrad fördern.

Die Einstufung der Relevanz demokratischer Rechte wirkt sich kaum auf das Wahlverhalten aus. In Deutschland führt die stärkere Betonung demokratischer Rechte sogar dazu, dass sich die Befragten seltener als WählerInnen deklarieren. In allen Ländern erhöht allerdings die Betonung von Rechten zumindest geringfügig das Ausmaß unkonventioneller Partizipation. In Österreich, der Schweiz und den USA ergibt sich sogar ein signifikanter Effekt. Insofern wird Hypothese 3 in Bezug auf unkonventionelle Partizipation gestützt (siehe Kap. 2, S. 378): Demnach soll aktives Citizenship die Demokratie erhalten und fördern – deshalb partizipieren jene Menschen stärker, die demokratische Rechte stärker betonen.

Hypothese 4 besagt, dass eine größere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie die Teilnahme an konventionellen Partizipationsformen erhöht, während unkonventionelle, protestorientierte Formen eher bei Unzufriedenheit gewählt werden (siehe Kap. 2, S. 379). Die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land erhöht tendenziell in allen Ländern – signifikant in Österreich, Schweden und den USA – die Chance, dass sich BürgerInnen an der letzten Wahl beteiligt haben. Und zumindest in Österreich und Ungarn zeigt sich, dass eine höhere Zufriedenheit mit dem demokratischen System mit einem geringeren Grad an unkonventioneller Partizipation einhergeht: Ist man zufrieden, ist es nicht notwendig, Protest zu artikulieren.

Das Vertrauen in die PolitikerInnen wirkt sich in Österreich, der Schweiz und den USA signifikant auf den Urnengang aus: Haben BürgerInnen weniger Vertrauen, neigen sie eher dazu, nicht zu wählen. In Deutschland, der Schweiz, Schweden und den USA ist außerdem zu beobachten, dass bei starkem Vertrauen in die PolitikerInnen die Neigung zu unkonventioneller Partizipation größer ist. Beide Befunde sprechen für Hypothese 5 (siehe Kap. 2, S. 379): Vertrauen ist erforderlich, um an wirkungsvolle

10 Sowohl Österreich wie die Schweiz sind relativ klein, ländlich geprägt und haben eine gebirgige Landschaft. Der Index zur unkonventionellen Partizipation enthält die Teilnahme an Demonstrationen, die meist in großen Städten stattfinden. Die Mobilität, dorthin zu gelangen, muss man sich auch finanziell »leisten können«.

Partizipation denken zu können, und die Wahrscheinlichkeit einer (größeren) Beachtung/ Wirkung von Partizipation beeinflusst wiederum die Motivation.

Abschließend ist festzustellen, dass sich das Verständnis bzw. die Vorstellung von Staatsbürgerschaft äußerst schwach auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, dass BürgerInnen an der letzten Wahl teilgenommen haben. Nur in Ungarn hat ein stärker sozial-altruistisches Staatsbürgerschaftsverständnis einen negativen Effekt auf die Beteiligung an der letzten Wahl.

Sehr wohl beeinflusst aber die jeweilige Auffassung eines »guten Staatsbürgers« die unkonventionelle Partizipation. Während ein stärker ausgeprägtes legalistisches Verständnis durchwegs zu weniger Partizipation führt, ist bei stärkerer Betonung der sozial-altruistischen Auffassung von Staatsbürgerschaft – mit Ausnahme der USA – stets mehr Partizipation zu beobachten. Dies stützt zumindest für unkonventionelle Partizipationsformen eindeutig Hypothese 1 – ein passives Verständnis von Staatsbürgerschaft führt zu geringerer und ein aktives zu größerer Partizipation (siehe Kap. 2, S. 376).

Insgesamt wirkt sich somit das Verständnis von Staatsbürgerschaft in erwarteter Weise aus, wenngleich nicht allzu stark. Beachtenswert ist der Effekt des Interesses an Politik auf die Partizipation. Die Betonung demokratischer Rechte spielt wie die tatsächliche Zufriedenheit mit dem politischen System oder das Vertrauen in die PolitikerInnen eine geringere Rolle. Die individuellen Ressourcen (Bildung, Einkommen), die auf subjektive Partizipationschancen schließen lassen sollten, sind zwar nicht besonders wichtig, doch auch nicht wirkungslos. Aus Sicht eines Befürworters der Demokratie können die Befunde positiv stimmen. Unkonventionelle Partizipationsformen nützen vor allem Personen, die politisch interessiert und informiert sind, und die zu einem stärker sozial-altruistischen Staatsbürgerschaftsverständnis neigen. Aus diesem Blickwinkel erscheint die Artikulation von Kritik und Protest mehr als Ressource zur Förderung von Demokratie denn als Ausdruck einer Abkehr vom politischen System (Geißel 2006).

4. Resümee

Dieser Aufsatz beschäftigte sich mit der Frage, welches Verständnis von Staatsbürgerschaft in sechs ausgewählten Ländern vorherrscht, und wie sich dieses auf das tatsächliche Niveau an politischer Partizipation auswirkt. Es konnte kein generell vorhandenes aktives Verständnis nachgewiesen werden, das die Notwendigkeit der politischen Teilnahme besonders betont. Vielmehr war für ein aktives Verständnis die sozial-altruistische Vorstellung charakteristisch, ärmeren Menschen im In- und im Ausland zu helfen. Eindeutig zeigte sich hingegen ein grundlegend passives, die Gesetzestreue betonendes Verständnis von Staatsbürgerschaft. Diese legalistische Vorstellung von Citizenship wurde in allen betrachteten Nationen (Österreich, Deutschland, Schweiz, Schweden, Ungarn, USA) als deutlich wichtiger erachtet: Sorgen um die Stabilität der Gesellschaften sind demnach kaum angebracht, da eine Bedrohung durch ein zu aktives Citizenship unwahrscheinlich scheint. Dennoch zeigten die befragten BürgerInnen in den untersuchten Nationen keine große Distanz zu bestimmten Formen unkonventioneller politischer Teilnahme. So beteiligten sich z. B. insgesamt beinahe 60

Prozent der Befragten bereits einmal an einer Unterschriftenaktion. Lediglich Ungarn wies aufgrund der fehlenden demokratischen Tradition stets niedrigere Werte aus.

Für das Verständnis von Staatsbürgerschaft ergeben sich eindeutige Zusammenhänge mit dem Ausmaß unkonventioneller Partizipation. Ein stärker legalistisches Verständnis verbindet sich mit geringerer, und eine stärker sozial-altruistische Vorstellung mit stärkerer Partizipation. Neben den Personen, die zu einem stärker sozial-altruistischen Staatsbürgerschaftsverständnis neigen, nehmen vor allem jene eher protestorientierte, unkonventionelle Partizipationsformen wahr, die politisch interessierter und informierter sind. Kritische BürgerInnen müssen nicht als Bedrohung des politischen Systems, sondern können als Ressource für seine Verbesserung angesehen werden.

Der Beitrag machte insgesamt deutlich, dass sowohl Einstellungsfaktoren (z. B. die Relevanz demokratischer Rechte, die Zufriedenheit mit dem demokratischen System) als auch individuelle Ressourcen (wie Bildung, Einkommen) sowie der Kontext des politischen Systems und der politischen Kultur (etwa demokratische Tradition, direkt-demokratische Elemente) die politische Partizipation beeinflussen.

Dennoch ist weitere Forschung notwendig. Dies betrifft für die angebliche Politikverdrossenheit vor allem den Aspekt des Vertrauens in die Institutionen der Parteidemokratie (politische Parteien, Parlament, Regierung). Darüber hinaus sollte das Vertrauen in Institutionen des Rechtsstaates (Polizei, Justiz) berücksichtigt werden, das vor allem in Ländern mit geringerer demokratischer Tradition wichtig sein könnte. Schließlich wäre auch zu klären, inwiefern sich die einzelnen Einstellungskomponenten gegenseitig beeinflussen oder welche Rolle Kontextfaktoren wie das Ausmaß an politischem Wettbewerb für Partizipation spielen.

Literatur

- Ágh, Attila (1994) *Citizenship and Civil Society in Central Europe*. In: Steenbergen, Bart van (ed.) *The Condition of Citizenship*. London u. a., 108–126.
- Almond, Gabriel A. (1980) *The Intellectual History of the Civic Culture Concept*. In: Almond, Gabriel A./ Verba, Sidney (eds.) *The Civic Culture Revisited*. Boston u. a., 1–36.
- Amnå, Erik (2006) *Playing with Fire? Swedish Mobilization for Participatory Democracy*. In: *Journal of European Public Policy*, Nr. 4, 587–606.
- Baum, Howell S. (2001) *Citizen Participation*. In: Smelser, Neil J./ Baltes, Paul B. (eds.) *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. Vol. 3. Paris u. a., 1840–1846.
- Bendix, Reinhard (1964) *Nation-Building and Citizenship. Studies of our Changing Social Order*. New York u. a.
- Bijlsma-Frankema, Katinka/ Costa, Ana Cristina (2005) *Understanding the Trust-Control Nexus*. In: *International Sociology*, Nr. 3, 259–282.
- Brubaker, Rogers (1992) *Citizenship and Nationhood in France and Germany*. Cambridge/ London.
- Cohen, Jean L. (1999) *Changing Paradigms of Citizenship and the Exclusiveness of the Demos*. In: *International Sociology*, Nr. 3, 245–268.
- Dahrendorf, Ralf (1994) *The Changing Quality of Citizenship*. In: Steenbergen, Bart van (ed.) *The Condition of Citizenship*. London u. a., 10–19.
- Dahrendorf, Ralf (2000) *Zu viel des Guten. Über die soziale Dynamik von Staatsbürgerschaft*. In: Mackert, Jürgen/ Müller, Hans-Peter (Hg.) *Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft*. Wiesbaden, 133–155.
- Dell'Olio, Fiorella (2005) *The Europeanization of Citizenship. Between the Ideology of Nationality, Immigration and European Identity*. Aldershot.
- Fuchs, Dieter/ Gabriel, Oscar W./ Völkl, Kerstin (2002) *Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung*. In: *Österreichische*

- Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 4, 427–450.
- Geißel, Brigitte (2006) *Kritische Bürgerinnen und Bürger – Gefahr für Demokratie?* In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 12, 3–9.
- Gosewinkel, Dieter (2001) *Historical Development of Citizenship*. In: Smelser, Neil J./ Baltes, Paul B. (eds.) *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. Vol. 3. Paris u. a., 1852–1857.
- Haller, Max (2005) *Auf dem Weg zur mündigen Gesellschaft? Wertewandel in Österreich 1986 bis 2003*. In: Schulz, Wolfgang/ Haller, Max/ Grausgruber, Alfred (Hg.) *Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986–2004*. Wiesbaden, 33–73.
- Haller, Max/ Höllinger, Franz/ Raubal, Otto (1990) *Leviathan or Welfare State? Attitudes toward the Role of Government in Six Advanced Western Nations*. In: Alwin, Duane F. et al. (eds.) *Attitudes to Inequality and the Role of Government*. Rijswijk, 33–62.
- Kaase, Max/ Marsh, Alan (1979) *Political Action: A Theoretical Perspective*. In: Barnes, Samuel H./ Kaase, Max et al. (eds.) *Political Action. Mass Participation in five Western Democracies*. Beverly Hills u. a., 27–56.
- Kornelius, Bernhard/ Roth, Dieter (2004) *Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*. Bonn.
- Mackert, Jürgen/ Müller, Hans-Peter (2000) *Der soziologische Gehalt moderner Staatsbürgerschaft. Probleme und Perspektiven eines umkämpften Konzepts*. In: Mackert, Jürgen/ Müller, Hans-Peter (Hg.) *Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft*. Wiesbaden, 9–43.
- Mahrer, Harald (2005) *Österreich 2050 – Visionen und Werte für die Zukunft*. In: Mahrer, Harald (Hg.) *Österreich 2050*. Wien, 11–50.
- Marshall, Thomas H. (2000/ Orig. 1949) *Staatsbürgerrechte und soziale Klassen*. In: Mackert, Jürgen/ Müller, Hans-Peter (Hg.) *Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft*. Wiesbaden, 45–101.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A. (2002) *Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?* Wien.
- Ray, Marcella Ridlen (2003) *An Analysis of U.S. Civil Society*. In: *The American Sociologist*, Nr. 1–2, 104–111.
- Rosegger, Rainer/ Haller, Max (2003) *Konzepte nationaler Identität in West- und Osteuropa*. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, Nr. 1, 29–54.
- Sebinger, Sarah/ Nemella, Joachim (2005) *Parteilpräferenz und politische Partizipation*. In: Schulz, Wolfgang/ Haller, Max/ Grausgruber, Alfred (Hg.) *Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986–2004*. Wiesbaden, 433–460.
- Smith, Rogers M. (2001) *Citizenship: Political*. In: Smelser, Neil J./ Baltes, Paul B. (eds.) *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. Vol. 3. Paris u. a., 1857–1860.
- Turner, Bryan S. (1990) *Outline of a Theory of Citizenship*. In: *Sociology*, Nr. 2, 189–217.
- Vorländer, Hans (2001) *Auf dem Weg zu einer postnationalen Staatsbürgerschaft? Ambivalenzen des Bürgerbegriffs in Antike und Moderne*. In: Vorländer, Hans/ Herrmann, Dietrich (Hg.) *Nationale Identität und Staatsbürgerschaft in den USA. Der Kampf um Einwanderung, Bürgerrechte und Bildung in einer multikulturellen Gesellschaft*. Opladen, 245–261.

Internet-Adressen

- Bundesministerium für Inneres (BMI) *Amtliches Ergebnis der österreichischen Nationalratswahl 2006*, verfügbar unter: www.bmi.gv.at/wahlen, 20. 10. 2006.
- C2D (Universität Genf) *Tabelle zur Nutzung direktdemokratischer Instrumente in der Schweiz*, verfügbar unter: http://c2d.unige.ch/int/swiss-pages/table_resume.html, 10. 10. 2006.
- Infoplease, Website von Pearson Education, verfügbar unter: www.infoplease.com. Die Beteiligung an nationalen Wahlen in den USA (1930–2004) ist verfügbar unter: <http://www.infoplease.com/ipa/A0763629.html>.
- International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA), www.idea.int. Informationen zu Parlamentswahlen rund um den Globus sind verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/parl.cfm>.
- International Social Survey Programme (ISSP), verfügbar unter: www.issp.org.
- Schwedische Wahlbehörde (Valmyndigheten) *Amtliches Ergebnis der schwedischen Reichstagswahl 2006*, verfügbar unter: <http://www.val.se>, 21. 9. 2006.

Kontakt:
riederer@stud.uni-graz.at